

Neuer Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in Afrika

Dirk Kohnert

Der Ausbruch blutiger fremdenfeindlicher Unruhen in Südafrika im Mai dieses Jahres zeigte das Janusgesicht der angeblich kosmopolitischen „Regenbogennation“. Aufgrund seiner Geschichte ist Südafrika die afrikanische Nation, in der Xenophobie mit am stärksten in den Köpfen der Bürger verankert ist. Der in vielen Ländern Afrikas aufkeimende neue Nationalismus beinhaltet auch eine politisch instrumentalisierte Abschottung und Ausgrenzung des Fremden. Zwei Hauptgründe dafür sind die zunehmende Mobilität der Menschen unter den Bedingungen der Globalisierung und die auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich in Afrika und anderswo.

Analyse:

- Der neu erwachende Nationalismus gehört zu den wichtigsten politischen Entwicklungen im Rahmen der zweiten Demokratisierungswelle in Afrika; er setzt sich trotz ethnischer Vielfalt und Staatszerfall durch. Dieser „zweite Nationalismus“ unterscheidet sich in Ursachen und Auswirkungen wesentlich von der ersten Welle des afrikanischen Nationalismus der 1960er Jahre. Anders als dieser setzt er weniger auf Einschluss als auf Ausschluss von Bevölkerungsgruppen. Xenophobie ist der Fluch des neuen Nationalismus.
- Transnationale Mobilität und Migration innerhalb Afrikas verstärken sich unter den Bedingungen des globalen Kapitalismus. Viele afrikanische Gesellschaften haben jahrzehntelang Migranten erfolgreicher integriert als europäische Länder, stoßen aber jetzt an ihre innenpolitisch gesetzten Grenzen.
- Die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich, innerhalb und zwischen afrikanischen Staaten, führt zum Verdrängungswettbewerb zwischen den Migranten und den armen und perspektivlosen Schichten des Gastlandes. Die Ausgrenzung von den oft seit Generationen im Lande lebenden Migranten als „Bürger zweiter Klasse“ durch die „wahren Volksgenossen“ nimmt unter diesen Bedingungen zu, wenn der Staat nicht rechtzeitig gegensteuert.
- Andauernde schlechte Regierungsführung leistet einem politisch instrumentaliserten Nationalismus und der Ausgrenzung von politischen Gegnern oder Sündenböcken als „Fremde“ Vorschub.

Schlagwörter: Nationalismus, Migration, Fremdenfeindlichkeit, Ethnizität, Globalisierung, Armut

1. Wachsende Fremdenfeindlichkeit in der Regenbogenation Südafrika: Menetekel für ganz Afrika?

Der Ausbruch blutiger fremdenfeindlicher Unruhen in Südafrika im Mai 2008 machte Schlagzeilen über die Grenzen Afrikas hinaus. Die „Regenbogenation“, die nach dem Zusammenbruch des Apartheidregimes als Vorbild einer gelungenen Integrations- und Versöhnungspolitik für ganz Afrika galt, verzeichnete noch schlimmere Ausschreitungen gegenüber afrikanischen Migranten als in anderen afrikanischen Ländern. Über 60 Einwanderer aus Mosambik, Simbabwe, Malawi und Nigeria wurden vom aufgebrachten Mob in den *townships* Johannesburgs, in Durban, Kapstadt und anderen Einwandererhochburgen Südafrikas innerhalb von zwei Wochen zu Tode geprügelt oder bei lebendigem Leibe verbrannt. Weitere Hunderttausend suchten ihr Heil in der Flucht. Die Unruhen breiteten sich schnell auf sieben der neun Provinzen Südafrikas aus. Die Regierung in Pretoria setzte zum ersten Mal seit dem Ende der Apartheid ihre Streitkräfte zur Befriedung im Inneren ein und ließ hastig Aufnahmelager für etwa 70.000 Flüchtlinge einrichten.

In Südafrika, dem wirtschaftlich stärksten Land des subsaharischen Afrika, leben mit etwa fünf Millionen Ausländern von knapp 50 Millionen Einwohnern relativ viele Zuwanderer, darunter viele politische Flüchtlinge. Die meisten von ihnen sind arm; sie leben überwiegend unter irregulären Bedingungen als „Illegale“. Angesichts der ihnen entgegenschlagenden Welle des Hasses und der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen sahen viele von ihnen keine andere Wahl, als wieder in ihre alte Heimat zurückzukehren; andere wurden abgeschoben. Nach Angaben des Roten Kreuzes flohen nach den Unruhen bis Ende Mai allein 27.000 Mosambikaner wieder in ihr Herkunftsland zurück. Im Vorjahr waren bereits etwa 200.000 simbabwische Migranten deportiert worden. Nach Ansicht von *Human Rights Watch* (HRW 2008) handelte es sich überwiegend nicht um freiwillige Auswanderer, sondern um politisch Verfolgte, die ein Anrecht auf politisches Asyl haben. Gemäß dem HRW-Report leben zurzeit über 1,5 Millionen Simbawer in Südafrika; 20.000 beantragen jährlich Asyl, aber zwischen 2004 und 2006 wurden nur 241 als politische Flüchtlinge anerkannt. Dies verweist darauf, dass die Regierung in Pretoria eine beträchtliche Mitverantwortung für die Verschärfung der fremdenfeindlichen Unruhen trägt. Dies bestätigt auch die noch weiter gehende

Kritik des südafrikanischen *Institute of Race Relations* (SAIRR), das der Regierung vorwarf, dass schlechte Regierungsführung in den zehn Jahren der Regierung Mbeki ein Pulverfass geschaffen habe, das jetzt explodiert sei: Hauptkritikpunkte waren die ineffiziente Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien, verfehlte Wirtschafts-, Bildungs- und Außenpolitik, inadäquate Integrationsmaßnahmen und Grenzkontrollen sowie die mangelhafte Bekämpfung von Kriminalität und Korruption.

Alles zusammen bewirkte, dass sich der Begründungszusammenhang des südafrikanischen Nationalismus unter dem Post-Apartheid-Regime grundlegend wandelte, und zwar von der „Regenbogenation“ als Symbol der Versöhnung und nationalen Einheit eines Vielvölkerstaates hin zur Heroisierung nationaler Ikonen der neoliberal geprägten Leistungsgesellschaft (z. B. im Sport oder beim Ausbau der Vormachtstellung des Landes innerhalb Afrikas; s. Bond 2000). Dies verstärkte bereits vorhandene Tendenzen, Repräsentanten „fremder“ Sprachen, Kulturen und Nationalitäten auszugrenzen.

Allerdings ist das Problem Xenophobie in Südafrika weder neu noch allein oder hauptsächlich der Regierung Mbeki anzulasten. Nationalstolz und die Ausgrenzung der Fremden hängen hier nur besonders eng zusammen. Wesentliche Ursachen der Xenophobie reichen tief in die politische Geschichte des Landes zurück, die gekennzeichnet ist durch immer wieder aufflammende Gewaltexzesse gegenüber „den Fremden“. Die Ausgrenzungsstrategien umfassten eine beträchtliche Bandbreite, von offenem Rassismus bis hin zur Fremdenfeindlichkeit; typischerweise wurde oft beides miteinander verquickt. Bereits in der frühen Kolonialzeit holten südafrikanische Bergbauunternehmen billige Arbeitskräfte aus den benachbarten Ländern Botswana, Mosambik oder Swasiland. Die weißen Bergbauarbeiter streikten und bekämpften diese unliebsame Konkurrenz um Arbeitsplätze unter dem Apartheid-Slogan „Fairer Lohn für die ‚wirklichen‘ (weißen) Südafrikaner“. Die unter prekären Verhältnissen lebenden schwarzen südafrikanischen Armen von heute, die vergeblich auf eine signifikante Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse nach dem Ende der Apartheid warteten, übernahmen analoge Parolen. Nur richteten sie diese jetzt gegen ihre „afrikanischen Brüder und Schwestern“, die aus den Nachbarländern zuwanderten und in ihren Augen Lohndrückerei betrieben oder ihnen Arbeitsplätze oder staatliche Unterstützungsleistungen wegnahmen. Bereits die Freiheits-Charta des ANC

von 1955 betonte zwar, dass Südafrika allen gehört, die darin leben, aber damals wie heute gab und gibt es eine tiefe Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Auch die entsprechenden Antidiskriminierungspassagen der Post-Apartheid-Verfassung, die zu Recht als eine der progressivsten weltweit gilt, wurden nicht umgesetzt. Im Gegenteil, die fremdenfeindlichen Übergriffe eskalierten dramatisch nach dem Ende der Apartheid (Nyamnjoh 2006).

Dafür gibt es spezifisch südafrikanische, aber auch generelle Ursachen. Die rassistische Ideologie der Apartheid hat sich über Generationen auch in den Köpfen der schwarzen Bevölkerung soweit verfestigt, dass sich viele Südafrikaner auch heute noch als eine vom übrigen Afrika kulturell, wirtschaftlich und politisch abgrenzbare und höher entwickelte Nation empfinden. Dies gilt auch für die in die ehemaligen so genannten *Bantustans* abgeschobenen Schwarzen, deren Mobilität das staatskapitalistische Wirtschaftssystem der Apartheid effektiv kontrollierte. Einerseits wurde ihnen ihre angebliche Minderwertigkeit gegenüber den weißen Herren ständig vor Augen geführt, andererseits wurde ihre angebliche Überlegenheit gegenüber den Afrikanern in den benachbarten Staaten ideologisch hervorgehoben. Die nationalistische Ideologie des *Ubuntu* der neuen kosmopolitischen Regenbogennation verfiel ins andere Extrem und verherrlichte die vermeintlich tradierte afrikanische Solidarität, womit sie die bestehenden Klassengegensätze verschleierte. Letztere – insbesondere die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich zusammen mit der ostentativen Zurschaustellung von Reichtum und der Abschottung der Besitzenden durch umzäunte, scharf bewachte Einkaufszentren und Privatvillen – sowie Arbeitslosigkeit und ein inadäquates soziales Sicherungssystem sind wesentliche Gründe der fremdenfeindlichen Unruhen.

Die gegenwärtigen Ausschreitungen zeigen, dass die jahrzehntelang propagierte Ideologie der Apartheid nicht notwendigerweise nur etwas mit „Rasse“ zu tun hat. Sie beruhte wesentlich auch auf einer sozialpolitischen Ausgrenzung des Fremden aufgrund von Religion, Geschlecht oder Abstammung aus eigennützigen Motiven bestimmter nationalpolitischer Gruppen. Solche Ausgrenzungen von Bevölkerungsteilen und gewaltsamen Ausschreitungen gegenüber „bösen Fremden“ gab und gibt es auch in anderen afrikanischen Ländern. Abgesehen von Pogromen gegen als „Fremde“ diffamierten Bürgern eigener Staatsangehörigkeit, wie in Ruanda, oder bei den wiederholten blutigen Konfrontati-

onen zwischen „Northerners“ und „Southerners“ in Nigeria, gab es blutige Ausschreitungen gegenüber „bösen Fremden“ anderer Nationen z. B. auch in Côte d'Ivoire (gegen Burkinabés, Malier und sogar Ivorer aus dem Nordteil des Landes), in Nigeria (gegen ghanaische Migranten) und in Kenia (gegen somalische Migranten) (Dormann et al. 2007).

2. Alter und neuer Nationalismus: Zugehörigkeit und Ausgrenzung des Fremden im subsaharischen Afrika

2.1. Der erste Nationalismus der Unabhängigkeitsbewegungen

Nationalismus im Sinne eines starken nationalen Identitätsgefühls und eines ausgeprägten Nationalstolzes ist im Wesentlichen ein soziales Konstrukt, das auf der Weltanschauung einer imaginierten nationalen Gemeinschaft fußt. Deren Grenzen sind flexibel, können bei Bedarf neu definiert werden und beruhen nicht unbedingt auf Fakten (Anderson 1991).

Fremdenfeindlichkeit gegenüber den „afrikanischen Brüdern und Schwestern“ in den Nachbarländern, die es auch in kolonialer und vorkolonialer Zeit schon gab, stand in den frühen 1960er Jahren nicht auf der Agenda der politischen Eliten Afrikas. Die erste Blüte des erwachenden Nationalismus in Afrika war im Gegenteil untrennbar mit dem gemeinsamen Kampf aller Afrikaner um Befreiung vom Joch der Kolonialherrschaft verbunden. Die tief verwurzelte Empfindung eines gemeinsamen historischen und kulturellen Erbes der Völker Afrikas gegenüber den Kolonialherren war der Ausgangspunkt nicht nur der Antikolonialbewegung, sondern auch eines afrikanischen Nationalismus, der weniger an Territorien als an die gemeinsame kulturelle Identität als Afrikaner in Abgrenzung zu den ehemaligen „weißen“ Herrschern gebunden war. Ausdruck dieser gemeinsamen Identität waren Ethnophilosophien, wie Nkrumahs *Consciencism* und *Panafrikanism*, Leopold Senghors *Négritude*, oder die *authenticité*-Kampagnen Mobutus und Eyadémas. Diese reichten zwar oft weit über die Geltung der übernommenen kolonialstaatlichen Grenzen hinaus. Gleichwohl trugen sie wesentlich zur Legitimität der neuen afrikanischen Nationalstaaten bei.

Die ersten Jahrzehnte der Herrschaft der nationalen politischen Eliten Afrikas waren geprägt von schlechter Regierungsführung – begünstigt durch die Rahmenbedingungen des Kalten Krieges und

kriegerische Konflikte zwischen afrikanischen Staaten. Dies setzte der effektiven politischen Umsetzung der Vision einer gemeinsamen afrikanischen Identität bald ein Ende. Die postkolonialen Regierungen Afrikas versuchten, zunächst mit beträchtlichem Erfolg, den afrikanischen Nationalismus in die Legitimierung ihrer eigenen nationalstaatlichen Herrschaft umzumünzen, meist ohne die von der Kolonialaufteilung übernommenen territorialen Grenzziehungen in Frage zu stellen. *Nation-building* sahen sie als eine ihrer Hauptaufgaben an, das heißt Zentralisierung staatlicher Herrschaft, Aufbau eines einheitlichen staatlichen Schul- und Ausbildungssystems und staatlich kontrollierter Medien, nicht zuletzt, um das Nationalbewusstsein zu fördern, sowie die Schaffung nationaler Riten und Symbole, alles oft noch unterstützt durch den Zusammenschluss politischer Gruppierungen in einer Einheitspartei.

Nation-building erwies sich allerdings meist als ideologische Verschleierung des Versuchs der Machteliten afrikanischer Staaten, ihre Herrschaft zu konsolidieren, zu zentralisieren und auf noch nicht zu ihrem Herrschaftsbereich gehörende Volksgruppen auszudehnen. Kurz, es ging weniger um die Herausbildung einer Nation als um Staatenbildung unter der Agenda eines elitären, zentralistischen Herrschaftsprojektes (Billig 1995: 175). Letzteres war weitgehend losgelöst von etwaigem bereits vorher bestehenden Nationalgefühl; besonders die Eigenständigkeit von Minoritäten hatte darunter zu leiden. Die Berufung auf angebliche afrikanische Traditionen und geheiligtes kulturelles Erbe diente oft primär dazu, solche Traditionen zu erfinden oder neu zu definieren, um „*imagined communities*“ als nationale Gruppenidentität zu schaffen (Anderson 1991) und damit die Herrschaft abzusichern. Die Legitimation der autokratischen Herrschaft Mugabes durch den revolutionären antikolonialen Befreiungskampf Jahrzehnte nach seiner Beendigung ist eine verwandte Herrschaftstechnik.

Aber auch die ehemaligen Kolonialmächte sowie die *global players* USA und Sowjetunion trugen unter den Rahmenbedingungen des Kalten Krieges aktiv zur Herausbildung autokratischer Herrschaft und zur Unterminierung des *nation-building*-Projektes im subsaharischen Afrika bei, und zwar auf dreifache Weise:

1. indem sie ihnen nicht genehme nationale Führer bekämpften oder zu deren Beseitigung durch lokale Despoten beitrugen. Herausragende Beispiele sind die Absetzung und Ermordung des ersten

frei gewählten Ministerpräsidenten des Kongo, Patrice E. Lumumba (1961), des ersten Staatspräsidenten Togos, Sylvanus Olympio (1963) oder des Führers des Befreiungskampfes in Guinea-Bissau, Amilcar Cabral (1973).

2. durch Förderung von autokratischer Herrschaft und von Rentenökonomien im jeweiligen Interesse der Großmächte, z. B. in Nigeria, Zaire (jetzt DR Kongo), Gabun. Trotz anderslautender Rhetorik entstanden hier politische Systeme, die *nation-building* eher verhinderten als förderten.
3. durch den Ausbau neokolonialer Strukturen der wirtschaftlichen und kulturellen Abhängigkeit, die eigene Gestaltungsspielräume radikal verengten.

Die Umorientierung der internationalen Gebergemeinschaft nach der Wende hin zur politischen Konditionierung der Entwicklungszusammenarbeit, wobei auf gute Regierungsführung Wert gelegt wurde, hat die Gefahr der Unterstützung undemokratischer Regime in Afrika keineswegs gebannt. Das Auftreten neuer *global players* auf den Märkten Afrikas, allen voran China machte dies deutlich. Die Regierung in Peking schreckt beispielsweise nicht davor zurück, unter dem Vorwand, sich nicht in die inneren Angelegenheiten einzumischen, diktatorische Regime im Sudan oder in Simbabwe zu stützen. Einige Anzeichen deuten darauf hin, dass unter diesen Bedingungen auch die westlichen Großmächte bald wieder zu ihrer alten geostrategischen „Realpolitik“ zurückkehren, um ihre Eigeninteressen zu wahren (Kohnert 2008).

2.2. Entstehung eines „banalen“ Alltagsnationalismus

Trotz weitgehend fehlender substanziell selbstbestimmter und entwicklungsfördernder Politik haben sich in den vier Jahrzehnten seit der Unabhängigkeit in den meisten afrikanischen Ländern zumindest im Ansatz klar erkennbar eigenständige nationale Kulturen und Identitäten herausgebildet. Diese beschränken sich nicht nur auf die Akzeptanz und Nutzung staatlicher Symbole, wie Nationalhymnen, Fahnen, Bilder des Staatspräsidenten in öffentlichen Gebäuden, auf Briefmarken und T-Shirts, oder auf staatstragende Mythen (oft verbunden mit dem Personenkult um den Staatspräsidenten) und nationale Fußballteams etc., sondern sie sind auch in der Alltagskultur zu beobachten. Spezifische Ess-

gewohnheiten, Kleidungs-codes, eine *lingua franca* (z. B. Hausa in vielen westafrikanischen Staaten, Kreol etc.; im Post-Apartheid-Südafrika hingegen sind die Sprachen von elf Volksgruppen als nationale Sprachen verfassungsmäßig verankert) oder Sprechweisen (Redewendungen, Sprichwörter, Witze) sind dafür offensichtliche Beispiele (Bierschenk 2003; Cusack 2000); dazu gehören ebenso besondere Sportarten sowie nationale Literatur und Musik, einschließlich Musikinstrumenten, die oft an ethnisches Brauchtum aus vorkolonialer Zeit anknüpfen, das jetzt zum integrierenden nationalen Symbol verallgemeinert wird. Manchmal haben sich nationale kulturelle Bräuche bereits so eingeschliffen, wirken so banal, aber gleichzeitig sublim, dass sie von der Bevölkerung kaum noch bewusst als Merkmal nationaler Identität wahrgenommen werden (Billig 2005). Sie werden oft erst als die Identitätsfindung förderndes nationales Brauchtum empfunden, wenn sich „Fremde“ davon abgrenzen, weshalb die emotionalen Reaktionen auf „Abweichler“ dann aber in der Regel um so stärker ausfallen.

2.3. *Der zweite Nationalismus in Afrika*

Die zweite Welle der Demokratisierung in Afrika zu Beginn der 1990er Jahre wurde von einem neuen Gefühl nationaler Identität getragen, das kaum noch auf die Vision der Gemeinschaft aller Afrikaner Bezug nahm. Es beruhte auf der nationalstaatlichen Identität einzelner afrikanischer Völker, die sich im Laufe von vier Jahrzehnten konsolidiert hatte, und auf deren Souveränität gegenüber illegitimen, primordialen oder autokratischen Herrschern. Die souveränen Nationalkonferenzen, besonders im frankophonen Afrika (Benin, Kongo, Mali, Togo, Zaire), getragen von den Repräsentanten aller wichtigen sozialen Gruppen des Landes, versuchten zum Teil erfolgreich (wie in Benin), diese Herrscher zu entmachten. Sie zeugten von dem Selbstbewusstsein, aber auch der neuen politischen Macht des Volkssouveräns in dieser Transitionsphase. Allerdings waren die Auswirkungen in den meisten Fällen ambivalent und nicht nachhaltig.

Die mit dem „zweiten Wind der Demokratisierung“ im subsaharischen Afrika seit den 1990er Jahren eingeführten neuen, globalisierten formaldemokratischen Spielregeln weckten zunehmend Ängste, von Fremden überstimmt und überwältigt zu werden. Das soziokulturelle Erbe Afrikas, in dem die Integration der „Anderen“ und Gastfreundschaft

in weitestem Sinne eine lange Tradition haben, die zudem durch kulturelle Institutionen (soziale Adoption, Patronage etc.) abgesichert ist, prallt auf die Auswirkungen politischen und ökonomischen Wettbewerbs, der Gewinner und Verlierer schafft. Potenzielle Verlierer setzen vielfach auf soziale Abschottung und Ausgrenzung und bedienen sich dabei ethnozentristischer oder nationalistischer Argumente.

Autokratische Herrscher, aber auch Oppositionelle konnten diese Stimmungslage instrumentalisieren und leiteten bald die Entwicklung eines „zweiten Nationalismus“ in Afrika ein. Die politische Instrumentalisierung ethnischer Identität, unpolitische Gegner als Bürger zweiter Ordnung auszugrenzen (wie im Falle Togos, der DR Kongo oder der Côte d’Ivoire; s. Dormann et al. 2007), und/oder die Abwehr von Zuwanderern (auch wenn diese zum Teil schon seit Generationen im Lande lebten) bilden eine wichtige Herrschaftsstrategie im Rahmen dieses zweiten Nationalismus. Die Ausgrenzung des vermeintlich Andersartigen dient dazu, wertvolle Ressourcen des Landes oder nationalstaatliche Leistungen nicht mit anderen teilen zu müssen. Je nach Interessenlage der handelnden strategischen Gruppen werden Fremde gleichzeitig eingebunden und ausgeschlossen, sie haben einen ambivalenten und labilen Status. Sollten Fremde vorübergehend als z. B. günstige Arbeitskräfte akzeptiert werden, wie Burkinabés in Côte d’Ivoire oder Mosambikaner in Südafrika, gehören sie trotzdem nicht vollständig dazu, auch wenn ihre Familien schon seit Generationen im Gastland leben. Meist müssen sie dafür „zahlen“, oft durch Akzeptanz einer untergeordneten Position im Rahmen von Patronage- oder Ausbeutungsverhältnissen. Wohlverhalten war und ist angesagt, denn je nach Integrationsgrad können sie auch wieder ausgestoßen und verfolgt werden. Selbst Mitglieder der eigenen Gruppe können unter bestimmten Bedingungen (z. B. Suche nach einem Sündenbock) zu Fremden mutieren.

Der neue Nationalismus in Afrika und anderswo ist unverkennbar beeinflusst durch die Globalisierung. Zwar beinhaltet Globalisierung in vielfacher Hinsicht eine Denationalisierung, aber gleichzeitig wird sie auch bestimmt durch Regeln, Institutionen und Netzwerke, die auf der historisch gewachsenen Basis des Nationalstaates entstanden, wie Privateigentum, Rechtssicherheit, staatliches Gewaltmonopol. Diese Regeln und transnationalen Netzwerke werden in einer globalisierten Welt nun auch von anderen Akteuren als dem Nationalstaat genutzt, und zwar für neue, eigene Zwecke (Sassen 2008).

Insoweit nationalstaatliche Herrschaftsstrukturen oder Gefolgschaftsansprüche durch konkurrierende Ansprüche der globalisierten Weltgemeinschaft (*global governance*) geschwächt werden, entstehen somit neuartige, oft informelle politische Handlungsspielräume der Bürger. Diese schlagen sich in spezifischen, oft transnational vernetzten Organisationsformen nieder und ermöglichen die Entwicklung moderner nationaler Gruppenidentitäten. Letztere sind oft besonders engagiert – oder militant – und richten sich im Konfliktfall auch gegen den eigenen Staat. Im subsaharischen Afrika entwickelte sich ein breites Spektrum von Erscheinungsformen dieser modernen nationalen Gruppenidentitäten, das von den bereits erwähnten souveränen Nationalkonferenzen als Wegbereitern demokratischer Transition im frankophonen Afrika über geographisch oder ethnisch begrenzte Autonomiebewegungen bis hin zu rechtsradikalen Bürgerwehren wie der südafrikanischen *Afrikaner Weerstandsbeweging* reicht.

Der neue Nationalismus grenzt sich zudem weniger gegenüber konkurrierenden Nationen, sondern eher gegenüber Zuwanderern und deren Anspruch auf einen Anteil am Kuchen der nationalen Ressourcen ab. Er beruht nicht nur auf den oben benannten Ideologien der Herrschaftsabsicherung der politischen Elite. Seine zweite Wurzel hat er in der wachsenden Unzufriedenheit der Deprivierten mit den sozialen Verhältnissen im Lande, zunehmender relativer Verarmung und Einkommensungleichheit. Dies verleiht ihm eine besondere soziale und politische Sprengkraft. Denn der neue Nationalismus entsteht oft aus populistischen Basisbewegungen (z. B. „patriotischen“ Bürgermilizen), die durchaus auch gegen die Politik des Nationalstaates gerichtet sein können. Nationalismus und Nationalstaat fallen jetzt typischerweise weiter auseinander als in der ersten Welle des Nationalismus. Veränderungen in der globalen Arbeitsteilung, die Auswirkungen missglückter Strukturanpassungsprogramme der 1980er Jahre, die dadurch verstärkte Einkommensklüfte, neue Kommunikationswege und neue Formen der Kriegführung mit massenhafter Vertreibung erhöhen den Migrationsdruck. Damit entstehen neue Konfliktfelder, in denen Ängste und Aggressionen gegen Fremde geschürt werden und die Abwehr dieser „Andersartigen“ eine bedeutende Rolle spielt (Ceupens/Geschiere 2005).

Eine weitere wesentliche global bestimmte Ursache des neuen Nationalismus in Afrika ist die wachsende Mobilität und Migration, die unter den Bedingungen des globalen Kapitalismus auch in-

nerhalb Afrikas zu zunehmender transnationaler Migration führt (Kohnert 2007). Viele afrikanische Gesellschaften haben jahrzehntelang Migranten erfolgreicher integriert als europäische Länder (Gabun zählt beispielsweise mehr Einwanderer als in den Landesgrenzen geborene Bevölkerung), stoßen aber jetzt an die Grenzen des innenpolitisch tolerierbaren. Dies bedeutet gleichzeitig, dass die Migranten, selbst bei größter Anpassungsbereitschaft, immer stärker ausgegrenzt werden und sich als kosmopolitische Bürger ohne eigene Heimat und Nationalität in ständigem Transit befinden (Nyamnjoh 2007). Kurz, während es dem alten Nationalismus mehr um Fragen der Einbeziehung von Bevölkerungsteilen in den Nationalstaat ging, orientiert sich der neue Nationalismus mehr an deren Ausgrenzung nach dem (Wandlungen unterworfenen) Kriterium der Nützlichkeit.

3. Schlussfolgerungen und Ausblick

Der neue Nationalismus in Afrika und anderswo hängt untrennbar zusammen mit den Auswirkungen der Globalisierung. Unter den Bedingungen des globalen Kapitalismus nimmt die Mobilität der Produktionsfaktoren weltweit rasant zu. Dies gilt nicht nur für das Kapital, sondern, wenn auch eingeschränkt, für den Produktionsfaktor Arbeit. Immer mehr Menschen suchen angesichts von Hunger und prekären Lebensverhältnissen in ihrer Heimat ihr Heil durch Auswanderung in andere Regionen. Andere werden durch Kriege oder politische Verfolgung aus ihrer Heimat vertrieben. Gleichzeitig klafft weltweit die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Die Wanderungsbewegungen gehen schon längst über nationale und regionale Grenzen hinaus. Dies gilt nicht nur innerhalb Afrikas; der Trend wird auch an den wachsenden Migrationsströmen von Afrikanern nach Europa oder von Chinesen nach Afrika sichtbar.

Dies führt zu Ab- und Ausgrenzungsversuchen durch potenzielle Verlierer. Der neue Nationalismus in Afrika beruht wesentlich auf sozial und politisch instrumentalisierten Abgrenzungsstrategien gegenüber den Fremden unter dem Motto „Das Boot ist voll“. Allerdings haben die sozialen und politischen Ideologien und Strukturen der Zugehörigkeit ambivalente Auswirkungen. Denn sie werden auch im Inneren wirksam und verursachen in manchen afrikanischen Ländern Autonomie- oder gar Sezessionsbestrebungen (Nyamnjoh 2007). Als Reaktion

darauf verstärken sich oft radikale und dogmatische nationalistische Tendenzen, was eine effektive Einwanderungspolitik und Integrationsbemühungen sozialer Gruppen noch schwieriger macht.

Die blutigen fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Südafrika sind daher nur Vorbote dessen, was wir noch zu erwarten haben. Tendenzen eines neuen Nationalismus bestehen aber nicht nur in Afrika, sondern weltweit, auch in Europa. Gleichzeitig wird der Migrationsdruck aus Afrika auf die „Festung Europa“ zunehmen (Kohnert 2007). Beide Tendenzen zusammen können sich zu einem Pulverfass entwickeln, wenn dem nicht konsequent und rechtzeitig gegengesteuert wird. Die Bekämpfung der Armut durch massive und zielgerichtete Entwicklungshilfe „vor Ort“ – selbst wenn sie effektiv durchgeführt würde – wäre zwar ein Schritt in die richtige Richtung, sie reicht allerdings nicht aus. Denn erstens erhöht sich die Migrationsbereitschaft eher noch, bis ein bestimmter Entwicklungsstand erreicht ist. Zweitens ist nicht so sehr die absolute, sondern die relative Armut, der immer krassere Unterschied zwischen Arm und Reich, und die damit verbundene Ungerechtigkeit, Antriebsfeder sowohl von Migration als auch von Fremdenfeindlichkeit. Es kommt also darauf an, sowohl in Afrika als auch bei uns den darin enthaltenen Sprengstoff zu entschärfen. Und schließlich wird von den Betroffenen allzu oft übersehen, dass Migration auch wichtige positive Aspekte hat. Diese müssten durch eine entsprechende Einwanderungs- und Integrationspolitik auch bewusst gemacht und umgesetzt werden.

Literatur

- Anderson, Benedict (1991): *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London, 1983, revised edition.
- Bierschenk, Thomas (2003): *Staat und Nation im postkolonialen Afrika – Ein Forschungsprogramm*, Working Paper Nr. 26, Universität Mainz, Institut für Ethnologie und Afrikastudien.
- Billig, Michael (1995): *Banal nationalism*, London.
- Bond, Patrick (2000): *Elite Transition: From Apartheid to Neoliberalism in South Africa: Globalisation and the Rise of Economic Fundamentalism in South Africa*, London.
- Ceupens, Bambi/Geschiere, Peter (2005): *Autochthony – Local or Global? New modes in the struggle over citizenship and belonging in Africa and Europe*, in: *Annual Review of Anthropology*, 34, S. 385-407.
- Cusack, Igor (2000): *African Cuisines: Recipes for Nation-Building?*, in: *Journal of African Cultural Studies*, 13, 2 (Dezember), S. 207-225.
- Dorman, Sara/Hammett, Daniel/Nugent, Paul (Hg.) (2008): *Making Nations, Creating Strangers. States and Citizenship in Africa*, in: *African Social Studies Series*, Leiden/Boston.
- Heitmeyer, Wilhelm (1991): *Xenophobia: Modernization's Curse*, in: *European Affairs*, 5, S. 51-57.
- Human Rights Watch (HRW) (2008): *Neighbours in Need: Zimbabweans Seeking Refuge in South Africa*, New York, 19. Juni.
- Kohnert, Dirk (2008): *EU-African Economic Relations: Continuing Dominance Traded for Aid?*, GIGA Working Paper Nr. 82.
- Kohnert, Dirk (2007) (Hg.): *Africa and Fortress Europe – Threats and Opportunities*, Aldershot/Hampshire, S. 37-55.
- Nyamnjoh, Francis B. (2006): *Insiders and outsiders: citizenship and xenophobia in contemporary Southern Africa*, London.
- Sassen, Saskia (2008): *Das Paradox des Nationalen*, Frankfurt am Main.

■ Der Autor

Dr. Dirk Kohnert ist stellvertretender Direktor des GIGA Instituts für Afrika-Studien und verantwortlicher Redakteur der referierten Zeitschrift „Afrika Spectrum“.

E-Mail: kohnert@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/kohnert>.

Für hilfreiche Kommentare und Überarbeitungsvorschläge dankt der Autor Gero Erdmann, Sahra Eyßer, Axel Harneit-Sievers, Rolf Hofmeier, Andreas Mehler, Christian von Soest und Florian Weisser. Die Verantwortlichkeit für den Inhalt verbleibt selbstverständlich beim Autor.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Afrika Spectrum (2005): Politik der Fremdenfeindlichkeit, Schwerpunktheft, 40, 2 (Volltexte der Beiträge s. www.giga-hamburg.de/openaccess/afrikaspectrum/).

Becher, Anika / Matthias Basedau (2008): Promoting Peace and Democracy through Party Regulation? Ethnic Party Bans in Africa, GIGA Working Paper Nr. 66.

Betz, Joachim (2007): Staatlichkeit in Entwicklungsländern: Versachlichung tut not, GIGA Focus Global, Nr. 2.

Kappel, Robert (2008): Die Economic Partnership Agreements – kein Allheilmittel für Afrika, GIGA Focus Afrika, Nr. 6.

Kohnert, Dirk (2007): African Migration to Europe: Obscured Responsibilities and Common Misconceptions, GIGA Working Paper Nr. 49.

Kohnert, Dirk (2008): EU-African Economic Relations: Continuing Dominance Traded for Aid?, GIGA Working Paper Nr. 82.

Hofmeier, Rolf (2008): Regionale Kooperation und Integration, in: Ferdowsi, Mir A. (Hg.): Afrika – ein verlorener Kontinent?, München, S. 213-244.

Marfaing, Laurence/Hein, Wolfgang (2008): Das EU-Einwanderungsabkommen – kein Ende der illegalen Migration aus Afrika, GIGA Focus Global, Nr. 8 (im Erscheinen).

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika und Nahost sowie zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. GIGA *Focus* Afrika wird vom GIGA Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Das GIGA und die Autoren können für die Richtigkeit und Vollständigkeit sowie für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben, nicht haftbar gemacht werden; die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Studien

IMPRESSUM